

Beschluss des Landtages Brandenburg

**Zum TOP 8: Stadtumbau Ost auf hohem Niveau und mit neuen Akzenten
fortsetzen**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 13. Sitzung am 25. März 2010 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest: Der Stadtumbau Ost ist ein erfolgreiches Instrument, das wirksame Anpassungsmaßnahmen an die Herausforderung schrumpfender Städte mit einer älter werdenden Bevölkerung ermöglicht hat. In Brandenburg wurden seit 2002 ca. 200 Millionen € in den Stadtumbau investiert. Rund 50 000 Wohnungen konnten dadurch vom Markt genommen werden. Damit ist jedoch nicht das Ende des Stadtumbaus erreicht. Weiterhin hohe Leerstandsquoten und die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung erfordern, den Stadtumbau auf hohem Niveau und mit neuen Akzenten weiterzuführen. Dafür muss der Bund in Verantwortung bleiben.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. darauf hinzuwirken, dass das Stadtumbauprogramm mit den folgenden Eckpunkten fortgeschrieben wird:
 - mehr Flexibilität bei der Ausweisung von Förderkulissen und beim Einsatz von Fördermitteln,
 - vorrangiger Einsatz von Aufwertungsmitteln für Wohngebäude in den Innenstädten,
 - Bereitstellung ausreichender Mittel für den Abriss von bis zu 40 000 weiteren Wohnungen bis 2020,
 - Erhöhung der Abrisspauschalen für notwendigen Teilrückbau bei besonderer städtebaulicher Notwendigkeit;
2. sich dafür einzusetzen, dass flankierend eine Fortschreibung der Altschuldenentlastung für Wohnungsunternehmen zügig erfolgt;

3. den Dialog mit den Stadtumbaustädten und der brandenburgischen Wohnungswirtschaft fortzusetzen;
4. den zuständigen Minister zu beauftragen, im März 2011 einen Vorschlag für die Beseitigung des Leerstands von Wohnungen im ländlichen Raum vorzulegen.“

Fritsch
Der Präsident